

## Politische Ökonomie in historischer Perspektive

HANS G. NUTZINGER\*

Die im vorliegenden Heft der Zeitschrift „Studium Generale“ gesammelten Beiträge zu Fragen der Politischen Ökonomie sind aus Vorträgen der Verfasser im Studium Generale an der Universität Heidelberg während des Sommersemesters 1969 hervorgegangen.

Wie Martin Schwab, der geschäftsführende Assistent des Studium Generale, in der Ankündigung zu dieser Vortragsreihe schrieb, war das Programm „von dem Gedanken bestimmt, daß das politische Phänomen ‚Wirtschaft‘ im akademischen Unterricht wie in der öffentlichen Meinung ungenügend, ja unangemessen, erfaßt wird.“

Vertreter der verschiedensten wirtschaftswissenschaftlichen Richtungen werden dieser globalen Behauptung zustimmen, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen. Ökonomen der modernen angelsächsischen Schule beklagen etwa am akademischen Unterricht in Deutschland, daß er zu wenig praktisch brauchbares Instrumentarium für aktuelle wirtschaftspolitische Probleme vermittele. Sie sehen die Notwendigkeit einer Verbesserung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre in erster Linie als Notwendigkeit der Verbesserung der angewandten statistischen, ökonometrischen und mathematischen Methoden und der Verallgemeinerung der verwendeten Modelle. Ihr Programm für eine angemessenere Erfassung der wirtschaftlichen Realität besteht in der Forderung, noch entschlossener als bisher auf dem seit Walras, Marshall und Keynes eingeschlagenen Wege fortzufahren. Die Vertreter dieser technokratischen Kritik an der gegenwärtigen Wirtschaftswissenschaft akzeptieren zwar im allgemeinen den Einwand, die bestehende Modelltheorie sei weithin unrealistisch, sehen aber die wichtigste Möglichkeit wissenschaftlichen Fortschritts in der schrittweisen Verbesserung der angewandten Methoden und Modelle. Ihre Hoffnungen auf eine bessere Erfassung komplexer Probleme in der Realität gründen sich gegenwärtig vor allem auf die Entwicklung neuer Verfahrens- und Denkweisen, wie der Kybernetik und der Systemtheorie. Als Vertreter dieser Richtung trat in der Vorlesungsreihe der Heidelberger Wirtschaftstheoretiker Carl Christian von Weizsäcker in seinem Beitrag „Politische Ökonomie aus der Sicht der Wirtschaftstheorie“ auf. Für ihn ist die gegenwärtige Situation in der ökonomischen Theorie gekennzeichnet durch ein Dilemma zwischen dem „zu engen,

\* Hans G. Nutzinger, Wiss. Assistent am Alfred-Weber-Institut für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg, 69 Heidelberg 1, Bergheimerstraße 147.

aber in sich schlüssigen Begriffsgebäude“ der herrschenden Wirtschaftstheorie<sup>1</sup> und dem „umfassenden, aber inkonsistenten Gedankengebäude“ der Politischen Ökonomie. Die Mehrzahl der hier vertretenen Ökonomen stimmen dieser technokratischen Kritik nicht zu. Sie weisen darauf hin, daß es gerade die Abkehr von der klassischen Politischen Ökonomie und die Hinwendung zum heute vorherrschenden „Modellplatonismus“ (Albert) der Wirtschaftstheorie waren, die den gegenwärtigen Zustand der Ökonomie verschuldet haben. Nicht eine unreflektierte Weiterentwicklung mathematischer Methoden und Modelle sei erforderlich und ratsam, sondern eine Rückbesinnung auf die Bedeutung der Ökonomie als Wissenschaft und auf ihre grundlegenden Kategorien und Prämissen.

Der verstorbene Marburger Ökonom und Soziologe Werner Hofmann sieht in seinem Beitrag die geschichtliche Entwicklung der ökonomischen Wissenschaft seit der bürgerlichen Klassik von Adam Smith und David Ricardo als fortschreitende „Ideologisierung der ökonomischen Theorie“, welche die sich immer mehr entfaltenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verschleiern sollte, und kennzeichnet den heutigen Zustand der Nationalökonomie mit den Worten: „Die Entstellung der Aussagen reicht heute bis in die Arbeitsbegriffe hinein. Unter diesen Umständen heißt es sich schlichtweg außerhalb des erstarrten Lehr- und Denkanons setzen, aus dem totalen Anspruch der neueren ökonomischen Denkwelt ausbrechen, wenn man den bloßen Versuch unternimmt, mit einer kritischen Überprüfung der geläufigen begrifflichen Arbeitsinstrumente zu beginnen . . . Die Nationalökonomie ist die am meisten deformierte, denaturierte unter allen gesellschaftlichen Wissenschaften. Der Grad ihrer Entstellung entspricht ihrer potentiellen gesellschaftlichen Bedeutung.“<sup>2</sup>

Ähnlich äußert sich auch der Darmstädter Wirtschaftstheoretiker und Ökonometriker Gerhard Kade in seinem Beitrag „Ökonomie und Technokratie“. Er untersucht im Anschluß an Habermas die Frage, „inwieweit die Entwicklung der bürgerlichen Ökonomie von einer Rechtfertigungslehre des klassischen Liberalismus zu einer dezisionistisch aufgezehmten Stabilisierungstechnik des Spätkapitalismus den Prozeß der Entpolitisierung der Öffentlichkeit, der in der Technokratiethese behauptet wird, mit beeinflußt hat, oder zumindest dazu beigetragen hat, jene im Namen der Rationalität sich herausbildenden Herrschaftsstrukturen zu verschleiern“.<sup>3</sup>

Das hier artikuliert Unbehagen am gegenwärtigen Stand und Zustand der ökonomischen Wissenschaft beschränkt sich aber nicht nur auf die Grundlagen und Voraussetzungen der Wirtschaftstheorie im allgemeinen, sondern zeigt sich – durch die Konfrontation der Theorie mit Problemen der Realität verschärft –

1 Weizsäcker, C. C. von: *Politische Ökonomie aus der Sicht der Wirtschaftstheorie*. Unveröffentlichtes Manuskript, Heidelberg 1970.

2 Hofmann, W.: *Die Ideologisierung der ökonomischen Theorie*. In: *Studium Generale* 23 (1970) 1189–1196.

3 Kade, G.: *Ökonomie und Technokratie*. In: *Studium Generale* 23 (1970) 1197–1205.

bei der Diskussion aktueller Fragen der Entwicklungsökonomie, denen die Beiträge von Joan Robinson und Gunnar Myrdal gewidmet sind.

Gunnar Myrdals Aufsatz „Cleansing the approach from biases in the study of underdeveloped countries“ wendet sich gegen einen verbreiteten Entwicklungsoptimismus der Ökonomen und Planer in entwickelten und unterentwickelten Ländern, der das Ausmaß der Schwierigkeiten unterbewerte oder verschleierte und in der Übernahme ökonometrischer Modelle, gleichviel ob westlicher oder östlicher Provenienz, aus entwickelten Ländern die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung der Staaten der Dritten Welt erblicke. Er fordert dagegen die Berücksichtigung der historischen, politischen institutionellen und sozialen Bedingungen in den Modellen der Entwicklungsplanung; und eine kritische Überprüfung der gebräuchlichen ökonomischen Kategorien im Hinblick auf die besondere Situation der Entwicklungsländer: „The ‚non-economic‘ factors cannot simply be added to a supposedly pure ‚economic‘ theory. *The true institutional approach must work with concepts that are adequate to reality from the beginning, i. e., in the very approach to a problem.*“<sup>4</sup>

Der hier von Gunnar Myrdal beklagte Fehler der heutigen Entwicklungsökonomik, daß sie nämlich zu sehr von den konkreten Bedingungen der Entwicklungsländer abstrahiere, zeigt sich besonders deutlich in dem geringen Erfolg bisheriger Agrarreformen, etwa in den Ländern Iberoamerikas, wo trotz umfassender gesetzlicher Bestimmungen eine grundlegende Umverteilung des Bodenbesitzes am Widerstand der herrschenden Schichten bisher gescheitert ist. Obwohl alle Entwicklungspläne die Notwendigkeit einer Aufteilung der feudalistisch strukturierten und nur extensiv bewirtschafteten Latifundien anerkannten und vorsahen, konnte diese theoretische Einsicht bisher nur in Ländern mit einer erfolgreichen sozialistischen Revolution in die Praxis umgesetzt werden.

Joan Robinson zeigt in ihrem Beitrag „Chinese Economic Policy“ die Bedeutung des „politischen Rahmens“ für die Durchsetzung praktischer Entwicklungspolitik. Anhand des chinesischen Beispiels kommt sie zu folgendem Schluß: „The transformation of agriculture, which is the first requisite of development, owes a great deal in China to the political wisdom and economic commonsense of the Communist Party led by Mao Tse-tung, and it owes even more to the native talents and the hard work of the Chinese people. But it is evident (as the sad experience of India shows) that a necessary precondition for success was freedom from private property in the means of production which is just what the free world will not allow.“<sup>5</sup>

Aber auch in den entwickelten Ländern, in denen die ökonomische Theorie tatsächlich brauchbare Modelle zur Steuerung des Wirtschaftsablaufes entwickelt hat, zeigt sich das Ungenügen der ökonomischen Theorie und die Gefährlichkeit

4 Myrdal, G.: *Cleansing the approach from biases in the study of underdeveloped countries*. In: *Studium Generale* 23 (1970) 1249–1266.

5 Robinson, J.: *Chinese Economic Policy*. In: *Studium Generale* 23 (1970) 1267–1274.

ihrer Beschränkung auf einen eng definierten „wirtschaftlichen“ Untersuchungsbereich in ihrem Unvermögen, zu drängenden Problemen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die über den bloßen Ablauf des Wirtschaftsprozesses hinausgehen, begründet Stellung zu nehmen. Die Berliner Psychologin Irmingard Staeuble und der Linzer Nationalökonom Kurt W. Rothschild greifen zwei dieser Probleme auf: die Diskussion um die erweiterte Mitbestimmung in der Bundesrepublik und die wirtschaftlichen Grundlagen einer internationalen Friedenspolitik.

Irmingard Staeuble untersucht in ihrem Beitrag „Erweiterte Mitbestimmung – Chance oder Gefahr für ein neues Klassenbewußtsein der Arbeiter?“ die ideologische Funktion der ökonomischen Theorie, die durch die Konstruktion zweier angeblich gleichberechtigter Faktoren, Kapital und Arbeit, die Grundlage für eine angebliche Sozialpartnerschaft und eine integrative Mitbestimmungsideologie und damit für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse liefert. Sie fordert demgegenüber, die Mitbestimmung als Schritt auf dem Wege zur Abschaffung des Kapitalismus einzusetzen: „Den Systemzwecken kapitalistischer Produktion muß mit einer Alternative begegnet, die Entscheidungskriterien dieses Systems müssen in Frage gestellt werden. Wenn die Unternehmen produzieren, was den höchsten Profit verspricht, muß verlangt werden, daß sie produzieren, was dem wirklichen Bedürfnis der Produzenten entspricht, sei dies auch im kapitalistischen Sinn unrentabel. . . Von den Unternehmen, auf die nach den DGB-Plänen die Mitbestimmung ausgedehnt werden soll, stehen einige mit Großprojekten im Rüstungsgeschäft. Eine Kampagne zur Erweiterung der Mitbestimmung, die an diesem Sektor der Produktion ansetzen würde, müßte zwangsläufig aus der integrativen Ideologie von der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit herausführen, den nirgends läßt sich das vielzitierte Argument von der Schaffung gesellschaftlichen Reichtums zum Wohl aller deutlicher entlarven als bei der Produktion von Destruktionsmitteln.“<sup>6</sup>

Kurt W. Rothschild untersucht in seinem Beitrag „Ökonomische Aspekte des Friedens“ ein wichtiges, nicht nur von der Wirtschaftswissenschaft, sondern allgemein vernachlässigtes Problem, das der international angestrebten Entspannung und der Errichtung eines dauerhaften Weltfriedens entgegensteht. Ausgangspunkt seiner Überlegung ist die seit Keynes bewußt betriebene staatliche Rüstungspolitik zur Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs und zur Gewährleistung einer ausreichenden Gesamtnachfrage in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Im Zusammenhang damit steht die zunehmende Bedeutung des „rüstungswirtschaftlichen Komplexes“, des Zusammenwirkens zwischen Militär, Politikern und Rüstungsindustrie und des tendenziell zunehmenden Anteils der Rüstungsausgaben am Sozialprodukt. Daraus ergeben sich für Rothschild vor allem drei entscheidende Faktoren, die der Entspannung entgegenwirken: 1. Der

<sup>6</sup> Staeuble, I.: *Erweiterte Mitbestimmung — Chance oder Gefahr für ein neues Klassenbewußtsein der Arbeiter?* In: *Studium Generale* 23 (1970) 1206–1227.

Kolonialismus und Imperialismus, der einerseits auf militärische Drohungen angewiesen ist und andererseits durch die Beherrschung von Auslandsmärkten zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation in den entwickelten kapitalistischen Ländern beiträgt. Ein zweites, damit zusammenhängendes Problem ist das politische Eigengewicht des rüstungsindustriellen Komplexes, das einerseits den beteiligten Unternehmungen profitable und langfristige Rüstungsaufträge sichert und andererseits – zur Durchsetzung dieser Aufträge in den parlamentarischen Gremien – eine permanente Rüstungsatmosphäre und eine latente Kriegsbereitschaft in der öffentlichen Meinung fördert. Damit verbunden sind übrigens auch unerwünschte Konzentrationserscheinungen in der Rüstungsindustrie.

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene erscheint dieses Problem der hohen Rüstungsausgaben als *Konversionsproblem*, nämlich als Schwierigkeit, ohne gefährliche wirtschaftliche Schäden den enormen Anteil der Rüstungsausgaben am Staatshaushalt und am Sozialprodukt herabzusetzen und somit eine Abrüstung einzuleiten. Deshalb ergibt sich die allgemeine Furcht vor abrüstungsbedingter Stagnation und Arbeitslosigkeit als dritter friedenshemmender Faktor – eine Furcht, die bei Anwendung vernünftiger ziviler Alternativprogramme nach Ansicht Rothschilds unbegründet ist; und hierin stimmen auch die führenden Vertreter der herrschenden Wirtschaftstheorie mit ihm überein. Aber auch hier zeigt es sich wieder, daß die Beschränkung auf einen „rein ökonomischen“ Rahmen nicht ausreicht, um diese theoretisch möglichen und für die Wiedergewinnung des Weltfriedens erforderlichen Konzeptionen zu verwirklichen: „Solche Änderungen könnten freilich nur gegen den erbitterten Widerstand jener privilegierten Gruppen durchgesetzt werden, die aus dem gegenwärtigen, durch den Markt sanktionierten System ungleicher Vermögens-, Macht- und Einkommensverteilung besondere Vorteile schöpfen. So zeigt gerade dieser letzte Punkt wieder mit besonderer Deutlichkeit, daß ökonomische, politische, soziologische und psychologische Elemente eng miteinander verknüpft sind, wenn es um so große Probleme wie Frieden und Krieg geht.“<sup>7</sup>

Im Anschluß an den genannten Vortrag von Professor von Weizsäcker über „Politische Ökonomie aus der Sicht der Wirtschaftstheorie“ bildete sich am Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg ein Arbeitskreis von Studenten und Assistenten, der sich mit den zentralen Thesen des Vortrags auseinandersetzte. Dieser Arbeitskreis, dem auch der Verfasser dieser Einleitung angehörte, kritisierte in einer Gegenstellungnahme mit dem Titel „Wirtschaftstheorie aus der Sicht der Politischen Ökonomie“ und in einer daran anschließenden öffentlichen Diskussion mit Professor von Weizsäcker die Beschränktheit der herrschenden bürgerlichen Wirtschaftstheorie, die dazu führe, daß deren Vertreter, wie z. B. Professor von Weizsäcker, nicht imstande seien, die von der marxistischen Ökonomie entwickelten Problemstellungen überhaupt zu erfassen, geschweige denn zu lösen.

<sup>7</sup> Rothschild, K.: *Ökonomische Aspekte des Friedens*. In: *Studium Generale* 23 (1970) 1228–1248.

Dabei versuchte der Arbeitskreis den Nachweis, daß Weizsäckers Kritik der Politischen Ökonomie auf fundamentalen Mißverständnissen über die grundlegenden Begriffe und Kategorien beruht.<sup>8</sup> Leider war es nicht möglich, diese interessante Diskussion in diesem Heft zu veröffentlichen.

Mißverständnisse dieser Art sind in der Auseinandersetzung zwischen der bürgerlichen Wirtschaftstheorie und der marxistischen Politischen Ökonomie schon immer häufig gewesen. Das ist kein Zufall: Mit der Abwendung der Wirtschaftstheorie von den Begriffen, der Denkweise und sogar dem Untersuchungsgebiet der Klassischen Ökonomie durch die sogenannten Grenznutzenschulen zu Ende des 19. Jahrhunderts und ihrer Hinwendung zu einer umfassenden Entscheidungslogik der reinen Wahl wurde das politische und soziale System, das bei den Klassikern bis hin zu Karl Marx integraler Bestandteil der ökonomischen Analyse gewesen war, zu einer Randbedingung für das individuelle Entscheidungsverhalten, dessen Untersuchung dann bestenfalls am Rande, wenn nicht gar außerhalb des ökonomischen Aufgabengebietes lag. In diesem abstrakten System hatten die klassischen Kategorien wie produktive Arbeit oder Arbeitswert, welche die einzelnen wirtschaftlichen Vorgänge vom gesellschaftlichen Standpunkt zu erfassen und zu werten suchten, keinen Platz mehr. Und an diese Tradition knüpft auch der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Kosten bei Baran und Sweezy an, der über die Bewertung der Güter und Dienstleistungen am Markt hinausgeht und versucht, die gesellschaftlichen Implikationen der gegenwärtigen Produktionsweise herauszuarbeiten.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Verwendung derartiger Begriffe problematisch und ihre Identifikation mit Erscheinungen der realen Welt äußerst schwierig ist. Es ist beispielsweise nicht in jedem Fall zweifelsfrei möglich zu entscheiden, ob eine bestimmte Arbeit produktiv ist oder nicht oder ob tatsächlich anfallende Kosten vom gesellschaftlichen Standpunkt aus notwendig sind. Auf der anderen Seite führt der Verzicht auf derartige Kategorien zu einer einfachen Konstatierung wirtschaftlicher Entwicklungen und, durch das Unvermögen einer umfassenden Kritik vom Standpunkt der herrschenden Theorie aus, zu einer impliziten Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse.

Allerdings hat auch die neoklassische Wirtschaftstheorie, entgegen ihrer eigentlichen Intention, nie ganz die Qualität einer kritischen Wissenschaft verloren. Indem sie das Ideal einer vollkommenen Konkurrenz zwischen kleinen Anbietern aufstellte, begab sie sich in Widerspruch zur monopolistischen Entwick-

<sup>8</sup> Nach Ansicht der Arbeitsgruppe Politische Ökonomie bestand das zentrale Mißverständnis bei Weizsäcker in der falschen Definition des „Surplus“ von Baran and Sweezy, den Weizsäcker mit den *Profiten*, also dem Überschuß des Produktionswertes über die *tatsächlichen* Kosten, identifizierte, während der Surplus bei Baran und Sweezy als die Differenz zwischen der Produktion und den bei Vorliegen eines rationalen Wirtschaftssystems *gesellschaftlich notwendigen* Kosten definiert ist. Mit Hilfe dieses Begriffes wollen nämlich Baran and Sweezy in ihrem Buch „Monopolkapital“ die Verschwendung des monopolkapitalistischen Wirtschaftssystems erfassen und kritisieren. Vgl. dazu Paul A. Baran and Paul M. Sweezy, *Monopolkapital*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1967.

lung, die in allen kapitalistischen Industriestaaten einsetzte und vom Standpunkt der Wettbewerbstheorie – zutreffenderweise – negativ beurteilt werden mußte, da sie in der Regel zu einer Schlechterstellung der Konsumenten führte. Diese Entwicklung brachte die Wirtschaftstheorie in einen Zwiespalt: einerseits „apolitisch“ und „wertneutral“ zu bleiben und andererseits doch von der theoretischen Einsicht her gegen die zunehmende Konzentration und Monopolisierung Stellung nehmen zu müssen. Ein Teil der heutigen bürgerlichen Ökonomen hat daraus die Konsequenz gezogen, die Theorie der atomistischen Konkurrenz als Optimalitätskriterium aufzugeben und unter Berufung auf den „dynamischen Aspekt“ des Wettbewerbs Rechtfertigungsgründe für die Konzentrationserscheinungen zu suchen.

Auf der anderen Seite war es vor allem die schwere Weltwirtschaftskrise von 1929–1933, welche die ökonomische Theorie zwang, aus ihrem engen Rahmen der Entscheidungslogik herauszugehen und wieder, wie die klassischen Ökonomen und Marx, Probleme des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts als wesentlich zu betrachten und endlich Instrumente zur Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs zu schaffen. Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes wies nach, daß die neoklassische Wirtschaftstheorie, die von einer langfristigen Tendenz zum Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage ausging, nur ein Spezialfall seiner „Allgemeinen Theorie“ darstellte, und daß im Gegensatz zur damals vorherrschenden Ansicht nicht das Marktgleichgewicht, sondern eine Tendenz zu mangelnder Gesamtnachfrage und Unterbeschäftigung das Kennzeichen des entwickelten Kapitalismus war. Diese Erkenntnis bildete zugleich den Ausgangspunkt für die in den hochindustrialisierten Ländern so erfolgreiche staatliche Stabilisierungspolitik, die im Prinzip darauf ausgerichtet war und ist, ein Nachfragedefizit durch Steigerung der staatlichen Ausgaben, auch unter Inkaufnahme einer Staatsverschuldung (sog. deficit spending), auszugleichen und umgekehrt eine überhitzte Wirtschaftslage durch Senkung der Staatsausgaben und Schuldentilgung wieder abzukühlen.

Aber auch der von Keynes abgesteckte ökonomische Rahmen erweist sich zusehends als zu eng. Die Grenzen einer interventionistischen Ausgabenpolitik des Staates zeichnet sich immer deutlicher ab. Ihre negativen Wirkungen, wie Begünstigung der Konzentration durch staatliche Großaufträge und die Herausbildung eines bedrohlichen rüstungsindustriellen Komplexes, wie ihn Kurt W. Rothschild in seinem Beitrag analysiert, werden noch verstärkt durch ihre zunehmende Unwirksamkeit gegenüber dem Problem der säkularen Inflation, wie es sich seit Jahren schon in den USA und neuerdings bereits in der Bundesrepublik stellt.

Hinzu kommt, daß auch die vielgerühmte logische Konsistenz der neoklassischen Wirtschaftstheorie, die immer als Entschuldigung für ihre mangelnde Realitätsnähe angeführt wurde, inzwischen ebenfalls ins Wanken geraten ist. Das Haupt-, Kern- und Prachtstück der neoklassischen Theorie, die Produktionsfunktion mit den angeblich voneinander unabhängigen Faktoren Kapital, Arbeit

und technischem Fortschritt als „drittem Faktor“ hat sich nicht nur als unrealistisches, sondern auch bei der Untersuchung der Probleme des Wachstums und der Einkommensverteilung als logisch widersprüchliches Konstrukt erwiesen. Doch aus den Trümmern der neoklassischen Wirtschaftstheorie erhebt sich die theoretische und praktische Notwendigkeit, eine „neue“ Politische Ökonomie aufzubauen – eine Politische Ökonomie, die in entscheidenden Fragestellungen auf die ökonomische Theorie von Karl Marx zurückgreifen müssen.

Diese Erkenntnis ist heute kein marxistischer Wunschtraum mehr. Lassen wir als Zeugen dafür den Berliner Wirtschaftstheoretiker Hajo Riese sprechen: „Der dem ersten Anschein nach so harmlos klingende Satz, daß die neoklassische Produktionstheorie nicht, wie sie annimmt, aus den Produktionsgegebenheiten zugleich Profitrate und Lohnsatz ableiten kann, sondern daß einer der beiden Faktorpreise exogen vorzugeben ist, wird auf die Dauer nicht ohne Sprengkraft sein. Denn damit ist der Sucht traditionellen ökonomischen Denkens, Ableitungen von rein produktionstechnischen Gegebenheiten aus vorzunehmen, und dann soziale Phänomene ökonomisch interpretieren und ökonomische Modelle gegen politische Implikationen immunisieren zu können, ein wichtiger Stoß versetzt worden. Eine Sucht, die in der neoklassischen Wachstumstheorie einen neuen Höhepunkt erlebt hat. Die Erkenntnis dagegen, daß die Distribution sich nicht produktionstheoretisch erklären läßt, ist ein Schritt zu einer modernen Politischen Ökonomie. Bhaduri weist auf den wichtigen Tatbestand hin, daß Marx' Unterscheidung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in diesem Zusammenhang einen fruchtbaren analytischen Ansatz darstellt. Die Produktivkräfte stellen die natürlichen Ressourcen und den technologischen Stand der Volkswirtschaft dar; die Produktionsverhältnisse definieren die sozialen Bedingungen der Produktion. Die neoklassische Wachstumstheorie ist nicht in der Lage, beide Phänomene zu erfassen. Eine Politische Ökonomie dagegen hätte zu zeigen, wie der Freiheitsgrad unter bestimmten Produktionsverhältnissen geschlossen wird . . .“<sup>9</sup>

Bereits 1942 hatte die englische Nationalökonomin Joan Robinson zum Abschluß ihres Essays über die Marxsche Ökonomie festgestellt: „Die einzige Hoffnung für einen Fortschritt in der ökonomischen Wissenschaft besteht darin, die von Marx aufgeworfenen Probleme mit wissenschaftlichen Methoden zu lösen.“<sup>10</sup> Wir wissen heute, daß die erforderlichen wissenschaftlichen Methoden nicht mehr ausschließlich und nicht einmal in erster Linie diejenigen der neoklassischen Wirtschaftstheorie sein können. Wie die Beiträge aller Verfasser in diesem Heft bezeugen, bedarf es dazu der Integration von Methoden und Ergebnissen anderer Wissenschaften; und wie die Mehrzahl der Verfasser feststellt, bedarf es dazu vor allem auch des Rückgriffs auf die Marxsche Ökonomie. Diese aber verstand sich schon seit jeher als Aufruf zu verändernder Praxis.

<sup>9</sup> Riese, H.: *Das Ende einer Wachstumstheorie*. In: *Kyklos*, Vol. XXIII (1970) 768f.

<sup>10</sup> Robinson, J.: *Ein Essay on Marxian Economics*. London: McMillan 1942. S. 95 (Übers. d. Verf.).